



Presseerklärung

Wir, in Deutschland lebende Juden und Jüdinnen, sind in Berlin zusammengekommen, um sichtbar zu machen, dass es hierzulande und international eine jüdische Kraft gibt, die für einen gerechten Frieden im Nahen Osten eintritt.

Wir glauben, dass für uns die Zeit gekommen ist, sich den Israelis und anderen Juden in der Welt anzuschließen, die der Auffassung sind, dass Sharons repressive Politik gegenüber den Palästinensern auf lange Sicht die Sicherheit Israels bedroht.

Wir bestehen darauf, dass es keineswegs antisemitisch ist, festzustellen:

- Die israelische Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens sowie der Siedlungsbau verletzen die Genfer Konvention;
- Der Bau der „Trennungsmauer“, die tief in die Gebiete der Westbank hinein reicht und Palästinenser von ihren Angehörigen sowie von ihren Ländereien, Arbeitsplätzen, Schulen und Krankenhäusern trennt, ist eine Form der „Kollektivstrafe“

Die Sicherheit der israelischen Bevölkerung ist uns ebenso ein Anliegen wie die der palästinensischen. Unser Wirken ist daher auf die Unterstützung der Friedens- und Menschenrechtsorganisationen in Israel und Palästina gerichtet, sowie auf jene politischen Kräfte in der palästinensischen Gesellschaft, die auf ein Ende aller Anschläge auf israelische Zivilisten und insbesondere der Selbstmordattentate hinwirken.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich denen anzuschließen, die

1. den Internationalen Gerichtshof um die Erstellung eines Gutachtens zu den Rechtsfolgen des Baus der Trennungsmauer ersuchen;
2. die Menschenrechtsverletzungen verurteilen, die infolge des Baus der Mauer entlang des geplanten Verlaufs entstehen (wie sie von den anerkannten israelischen Menschenrechtsorganisationen B'tselem und dem Israelischen Komitee gegen Hauszerstörung aufgeführt werden);
3. den Diskussionsprozess unterstützen, der mit der Genfer Übereinkunft initiiert wurde sowie alle ernsthaften Schritte zu verstärken, die wirksam auf einen gerechten Frieden gerichtet sind;
4. den Aufruf des Europäischen Parlaments unterstützen, alle besonderen Privilegien, die Israel auf der Basis des Assoziationsabkommens gewährt wurden, auszusetzen, bis die israelische Regierung so, wie das Abkommen es vorsieht, „die Menschenrechte und Demokratieprinzipien achtet“.

Wir haben uns zu einem solchen Aufruf nicht leichthin entschlossen. Er beruht auf unserer Verbundenheit mit jüdischen Werten wie Toleranz und Achtung vor dem Anderen und unserer Sorge für die langfristige Sicherheit Israels sowie für seine Stellung in der Welt. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass eben diese unsere Anliegen von der gegenwärtigen Sharonregierung untergraben werden.

Vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit, auf die Außenminister Fischer immer wieder verweist, haben wir Verständnis für die Zurückhaltung der deutschen Regierung, einseitige Maßnahmen zu ergreifen. Angesichts unseres Verhältnisses zu dieser Vergangenheit aus jüdischer Perspektive sowie aus Sorge nicht zuletzt auch um die Zukunft Israels fordern wir die Bundesregierung auf, sich gemeinsam mit anderen demokratischen Ländern gegen den Mauerbau und gegen weitere Verletzungen der Menschenrechte durch die israelische Regierung zu wenden.

Die *Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost* erklärt: Die legitime und sichere Existenz des israelischen Staates hängt auch davon ab, inwieweit er den palästinensischen Nachbarn ein Leben in Würde ermöglicht.

Wir sind Teil eines Netzwerks Jüdischer Gruppen in zehn europäischen Ländern und stellen diese Forderungen in Übereinstimmung und Verbindung mit ähnlichen Forderungen, die gleichzeitig in anderen Ländern und in Gremien auf internationaler Ebene gestellt werden.

Berlin, 3. Februar 2004